Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5940**
17. Wahlperiode 25. 05. 2011

Antrag

der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in den Jemen stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Bundesregierung genehmigte im Zeitraum von 2000 bis 2009 Rüstungsexporte in den Jemen in Höhe von 12,8 Mio. Euro (Rüstungsexportberichte der Bundesregierung von 2000 bis 2009). Im Jahr 2006 waren es Genehmigungen in Höhe von 3,9 Mio. Euro, maßgeblich für den Export von Panzertransportern.

2. Die Bundesregierung hat sich in ihren „Politischen Grundsätzen" verpflichtet, bei der Entscheidung über Rüstungsexporte „der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibsland […] besonderes Gewicht" beizumessen (Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 19. Januar 2000).

   Im Jemen werden grundlegende Menschen- und Bürgerrechte missachtet. So werden religiösen Minderheiten nach wie vor die Menschenrechte vorenthalten (Europäisches Parlament – Bericht über den Jahresbericht über die Menschenrechte in der Welt 2009 und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich, S. 34). Laut Menschenrechtsbericht der Bundesregierung werden die gesetzlich garantierten Rechte oft durch die Rechtspraxis und die Willkür des Sicherheitsapparates untergraben. Frauen sind zwar gesetzlich den Männern gleichgestellt, aber nach einem vom World Economic Forum im Jahr 2007 veröffentlichten Bericht zur Gleichberechtigung (The Gender Equality Gap) nimmt der Jemen im weltweiten Vergleich von 128 Ländern mit Abstand den letzten Platz ein. Kritische Journalisten und Journalistinnen und Oppositionelle werden willkürlich verhaftet (8. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen). Die Europäische Union stellt ebenfalls fest, dass die Lage der Frauen und der sozialen Gruppen am Rande der Gesellschaft, die Situation der Justiz und die mangelnde Rechtsstaatlichkeit, die rechtswidrige Inhaftierung durch Sicherheitsbehörden sowie Verletzungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung besonderen Anlass zur Sorge geben (Menschenrechte und Demokratie in der Welt – 2010 – Bericht über die Maßnahmen der EU Juli 2008 bis Dezember 2009, S. 150). Bei Demonstrationen gegen die jemenitische Regierung wurden in den vergangenen Monaten mehr als ein-

hundert Menschen durch Sicherheitskräfte getötet und mehrere hundert verletzt. Der Hohe Menschenrechtskommissar der Vereinten Nationen zeigt sich alarmiert über den exzessiven Einsatz von Gewalt gegen friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten und über die Verfolgung von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern (www.ohchr.org, displaynews 5. April 2011).

3. Die Bundesregierung hat sich mit dem „Gemeinsamen Standpunkt" der EU dazu verpflichtet, die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität einer Region als ein wichtiges Kriterium bei der Entscheidung über Rüstungsexporte zu beachten (Gemeinsamer Standpunkt, Artikel 2 Kriterium 4, 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008).

   Der Jemen liegt in einem Krisengebiet. Seit Jahrzehnten ist die Region von Konflikten – zum Teil offenen Gewaltkonflikten und Kriegen – geprägt.

   Im Nordjemen schwelt seit Jahren ein Konflikt mit der schiitischen Minderheit der Houthis. Laut Bundesregierung können immer wieder Kampfhandlungen aufflammen (www.auswaertiges-amt.de). Auch ein Eingreifen Saudi-Arabiens in diesen Konflikt, wie zuletzt 2009/2010, kann sich jederzeit wiederholen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

keine Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in den Jemen mehr zu erteilen.

Berlin, den 25. Mai 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333